



XVI. Legislaturperiode

XVI legislatura

DOKUMENTATION NR. 1
LANDESGESETZENTWURF

Nr. 3/18

DOCUMENTAZIONE N. 1
DISEGNO DI LEGGE

N. 3/18

.....

Höchstbettenzahl in Beherbergungsbetrieben

vorgelegt am 12.12.2018 von den Landtagsabgeordneten dott. Riccardo Dello Sbarba, dott.ssa Brigitte Foppa und Dr.nat.techn. Hanspeter Staffler

dem 2. Gesetzgebungsausschuss **zugewiesen**

Erstellt vom Amt für Rechts- und Gesetzgebungsangelegenheiten

(Vervielfältigung und Verbreitung für den internen Gebrauch)

.....

Limite massimo dei posti letto negli esercizi ricettivi

presentato in data 12/12/2018 dai consiglieri provinciali dott. Riccardo Dello Sbarba, dott.ssa Brigitte Foppa e Dr.nat.techn. Hanspeter Staffler

assegnato alla II commissione legislativa

a cura dell'ufficio affari legislativi e legali

(riproduzione e diffusione ad uso interno)

INHALTSVERZEICHNIS

1) LG vom 10. Juli 2018, Nr. 9
Art. 34, Art. 35, Art. 36 Abs. 4, Art. 39
und Art. 51 Abs. 4 S. 1

2) LG vom 14. Dezember 1988, Nr. 58
**(der vollständige Text liegt im Amt
für Rechts- und Gesetzgebungsan-
gelegenheiten auf)** S. 9

INDICE

1) L.P. 10 luglio 2018, n. 9
Art. 34, art. 35, art. 36 comma 4, art.
39 e art. 51 comma 4 pag. 5

2) L.P. 14 dicembre 1988, n. 58
**(il testo integrale è disponibile
presso l'Ufficio affari legislativi e
legali)** pag. 10

d) Landesgesetz vom 10. Juli 2018, Nr. 9 ^{1) 2)}

Raum und Landschaft

- 1)Kundgemacht im Beiblatt 3 zum Amtsblatt vom 12. Juli 2018, Nr. 18.
2)Zum Inkrafttreten dieses Gesetzes siehe Art. 107 Absätze 1 und 2.

III. TITEL RAUMORDNUNG

II. KAPITEL GEBIETSNUTZUNG

Art. 34 (Gastgewerbliche Tätigkeit)

(1) Gastgewerbliche Tätigkeit ist in Mischgebieten und in Sondernutzungsgebieten, die für die Tourismusedwicklung (Tourismusedwicklungsgebiet) bestimmt sind, zulässig. Abgesehen von der Erweiterung bestehender Betriebe gemäß Artikel 35 ist außerhalb des Siedlungsgebietes die Errichtung neuer Baumasse zur Zweckbestimmung für gastgewerbliche Tätigkeit ausschließlich in Tourismusedwicklungsgebieten zulässig. Die Landesregierung kann zudem unter Anwendung des Verfahrens laut Artikel 53 Standorte von Sondernutzungsgebieten für die Errichtung von Speis- und Schankbetrieben zur Versorgung in Skigebieten genehmigen.

(2) Die Ausweisung von Tourismusedwicklungsgebieten ist nur in Gemeinden mit Tourismusedwicklungskonzept laut Artikel 51 Absatz 4 Buchstabe g) zulässig. Spezifische Ausnahmen für Schank- und Speisebetriebe können von der Landesregierung festgelegt werden.

(3) In Gebieten, die von der Landesregierung als touristisch stark entwickelt oder touristisch entwickelt eingestuft sind, ist die Ausweisung von Tourismusedwicklungsgebieten außerhalb des Siedlungsgebietes nur auf Flächen zulässig, die bereits mit Baumasse der Zweckbestimmung Gastgewerbe bebaut sind bzw. daran angrenzend.

(4) Das Land legt nach Anhören des Rates der Gemeinden mit Verordnung, differenziert nach der Einstufung der Betriebe im Sinne des [Landesgesetzes vom 14. Dezember 1988, Nr. 58](#), in geltender Fassung, die Richtlinien für die Standortwahl, die Dimensionierung der Gebäude, die Einschränkung des Bodenverbrauchs und die landschaftliche Einbindung fest sowie qualitative Leistungskriterien, insbesondere zur Anregung von touristischen Initiativen in den strukturschwachen Gebieten und zur Ansiedlung von Betrieben mit Anreizwirkung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des betroffenen Gebietes. Ebenso mit Verordnung werden die in Tourismusedwicklungsgebieten zulässigen Tätigkeiten festgelegt.

(5) Die Architektur und die Bebauung in den Tourismusgebieten zielen auf Stimmigkeit der Bauten mit dem Landschaftsbild und der Umgebung. Wird ein Tourismusgebiet im Gemeindeplan außerhalb des Siedlungsgebietes ausgewiesen oder wird die Baumassendichte von 3 m³/m² überschritten, ist die Gemeinde verpflichtet, vor der Ausweisung beim Landesbeirat für Baukultur und Landschaft eine Stellungnahme zum Bauprojekt einzuholen. Diese Stellungnahme ist in Bezug auf die Verteilung der Baumassen bindend.

Art. 35 (Erweiterung der gastgewerblichen Betriebe)

(1) Gastgewerbliche Betriebe können erweitert werden, um sie den aktuellen Qualitätsstandards anzupassen. Die Landesregierung legt, nach Anhören des Rates der Gemeinden die Richtlinien und Grenzen für die Erweiterung fest sowie die Fälle, in denen eine Abweichung von den urbanistischen Planungsinstrumenten zulässig ist. Die erforderlichen Infrastrukturen müssen bereits vorhanden sein.

(2) Zur Erlangung einer Genehmigung für die Erweiterung in Abweichung von den urbanistischen Planungsinstrumenten oder außerhalb des Siedlungsgebietes muss eine einseitige Verpflichtungserklärung

abgegeben werden, mit welcher die Gemeinde ermächtigt wird, im Grundbuch auf Kosten des Antragstellers/der Antragstellerin die Bindung anmerken zu lassen, dass die Betriebsgebäude ab dieser Anmerkung für gastgewerbliche Tätigkeit zweckgebunden sind und zusammen mit den Zubehörflächen eine untrennbare Einheit bilden. Nach Ablauf von 20 Jahren kann die Bindung für Beherbergungsbetriebe laut Artikel 36 Absatz 4 nur gleichzeitig mit der Anmerkung der Bindung laut Artikel 39 gelöscht werden. Die Landesregierung legt Bedingungen für jene Rechtsgeschäfte fest, die ausnahmsweise eine Abtrennung und Veräußerung von Teilen der Liegenschaft begründen können, ohne die Zweckbestimmung und die Regelung zur Erweiterung zu ändern. Die Abtrennung und Veräußerung von Teilen der Liegenschaft ohne Erfüllung der von der Landesregierung festgelegten Bedingungen führt zur Nichtigkeit des Aktes.

Art. 36 (Umwandlung in Wohnvolumen innerhalb des Siedlungsgebietes)

(1) Innerhalb des Siedlungsgebietes ist die Umwandlung bestehender Baumasse in Baumasse für andere Zweckbestimmungen nach Löschung der etwaigen Bindungen zulässig, soweit mit den geltenden Planungsinstrumenten vereinbar. Die von der Umwandlung betroffene Baumasse unterliegt der Regelung laut Artikel 38.

(2) In der Eingriffsgenehmigung ist vorzusehen, dass jener Teil der bei der Genehmigungserteilung bereits bestehenden Baumasse, der nicht gemäß Absatz 1 umgewandelt werden kann, abgebrochen wird. In spezifisch begründeten Ausnahmefällen kann der Gemeinderat nach Einholen einer Stellungnahme der Gemeindegemeinschaft für Raum und Landschaft die vollständige oder teilweise Umwandlung der Baumasse erlauben. In diesem Fall ist für die Abweichung von den Planungsinstrumenten eine Ausgleichszahlung zu leisten, welche gemäß Artikel 19 festgelegt wird.

(3) Außerhalb des Siedlungsgebiets darf Baumasse, die zur Zweckbestimmung für gastgewerbliche Tätigkeit bestimmt ist, keiner anderen Zweckbestimmung zugeführt werden; dies gilt auch im Falle eines Abbruchs und späteren Wiederaufbaus.

(4) Beherbergungsbetriebe außerhalb des Siedlungsgebietes, die zum Stichtag 7. August 2013 höchstens 25 Betten hatten, können in Wohnungen für Ansässige umgewandelt oder für die Vermietung von Gästezimmern und möblierten Ferienwohnungen verwendet werden.

III. KAPITEL WOHNUNGEN FÜR ANSÄSSIGE

Art. 39 (Wohnungen für Ansässige)

(1) Wohnungen für in Südtirol Ansässige müssen von Personen besetzt werden, die selbst bzw. deren Familienmitglieder nicht Eigentümer einer dem Bedarf der Familie angemessenen Wohnung sind und die bei der Besetzung ihren Wohnsitz in einer Gemeinde Südtirols seit mindestens 5 Jahren haben oder ihren Arbeitsplatz in einer Gemeinde Südtirols haben.

(2) Eine Person, die bereits eine andere geeignete Wohnung besitzt, darf nur dann eine Ansässigen vorbehaltene Wohnung besetzen, wenn sie in Bezug auf die andere Wohnung die Verpflichtungen gemäß diesem Artikel übernimmt. Wenn die freie Wohnung dementsprechend konventioniert werden muss, kann im Gegenzug die bestehende Bindung auf der neu zu besetzenden Wohnung gelöscht werden.

(3) Die Genehmigung zur Errichtung von Wohnungen für in Südtirol Ansässige darf nur unter der Bedingung erteilt werden, dass der/die Antragstellende sich verpflichtet, diese Wohnungen Ansässigen vorzubehalten und die Gemeinde ermächtigt, die Bindung laut diesem Artikel im Grundbuch anmerken zu lassen. Die Anmerkung wird von der Gemeinde auf Kosten des/der Antragstellenden beantragt.

(4) Die Wohnung muss innerhalb eines Jahres ab Bezugsfertigkeit besetzt werden. Sollte die Wohnung frei werden, muss sie innerhalb von 6 Monaten von einer gemäß Absatz 1 berechtigten Person besetzt werden. Im Sinne dieses Gesetzes gilt eine Wohnung als rechtmäßig besetzt, wenn eine gemäß Absatz 1 berechnete Person dort ihren Wohnsitz hat.

(5) Die Wohnungen für Ansässige dürfen auch als Arbeiter-, Schüler-, Studenten- oder Behindertenwohnheime, für Wohngemeinschaften, als geschützte Wohnungen oder als Wohnungen verwendet werden, die von nicht gewinnorientierten Körperschaften, welche die Förderung eines solidarischen Zusammenlebens von jungen und älteren Menschen zum Ziel haben, errichtet werden oder an Schüler/Schülerinnen oder Studierende zur Verfügung gestellt werden.

(6) Die Gemeinden erlassen eine Verordnung, in der die Überwachung der Wohnungen für Ansässige geregelt wird und die Bedingungen festgelegt werden, unter denen die entsprechende Bindung gelöscht werden kann. Voraussetzung für die Löschung der Bindung im Grundbuch ist auf jeden Fall die Zahlung der Eingriffsgebühr, sofern diese noch nicht entrichtet wurde, und eines weiteren Betrages in Höhe von höchstens 50 Prozent jenes Teils der Eingriffsgebühr, welcher nach den Baukostenabgaben bemessen wird, die in der Gemeindeverordnung bestimmt werden. Die Bindung darf auf keinen Fall gelöscht werden, wenn es sich um Wohnungen mit Preisbindung laut Artikel 40 oder um Wohnungen handelt, welche auf Flächen für den geförderten Wohnbau oder außerhalb des Siedlungsgebietes errichtet worden sind. Die Löschung ist weiters ausgeschlossen für Wohnungen, welche nicht mindestens 10 Jahre rechtmäßig besetzt wurden, es sei denn, der Eigentümer/die Eigentümerin weist nach, dass es tatsächlich und fortwährend unmöglich, beziehungsweise besonders schwer möglich ist, die Wohnung mit einer berechtigten Person zu besetzen.

(7) Die Gemeinden veröffentlichen im Südtiroler Bürgernetz eine Liste der den Ansässigen vorbehaltenen Wohnungen.

III. KAPITEL GEMEINDEPLANUNG

Art. 51 (Gemeindeentwicklungsprogramm für Raum und Landschaft)

(1) Die Gemeinden, vorzugsweise mehrere zusammengeschlossen, erarbeiten für ihr Gebiet das Entwicklungsprogramm für Raum und Landschaft (GProRL) als langfristiges Planungsinstrument. Das Entwicklungsprogramm gilt mindestens 10 Jahre. Vor seinem Verfall muss das Entwicklungsprogramm mit Beschluss des Gemeinderates überarbeitet oder bestätigt werden. Punktuelle Änderungen sind nicht zulässig.

(2) Die Gemeinden erarbeiten das Gemeindeentwicklungsprogramm im Rahmen eines öffentlichen Verfahrens, das die Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen, der Verbände und der Interessensgruppen gewährleistet.

(3) Die im Entwicklungsprogramm für Raum und Landschaft festgesetzten Vorgaben, Grundsätze und Ziele sind verbindlich für den Gemeindeplan für Raum und Landschaft.

(4) Das Entwicklungsprogramm für Raum und Landschaft ist in Abwägung mit den Entwicklungszielen der Nachbargemeinden zu erarbeiten, welche im Rahmen der strategischen Umweltprüfung zu ermitteln sind.

(5) Das Entwicklungsprogramm für Raum und Landschaft der Gemeinde beinhaltet mindestens Folgendes:

- a) die räumlichen und die sozioökonomischen Entwicklungsziele zur Deckung des Wohnungsbedarfs und zur Ausübung von wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, Sport- und Freizeittätigkeiten mit Berücksichtigung der wesentlichen Infrastrukturen wie öffentliche Einrichtungen, öffentlicher Freiraum, Verkehrsmittel, Wasser- und Energieversorgung und Kommunikationsnetze;
- b) den aktuellen Bedarf und das bereits bestehende Angebot an Erreichbarkeit und Nutzbarkeit von öffentlichen Diensten, Flächen und Diensten in öffentlichem oder allgemeinem Interesse, Nahversorgungseinrichtungen und Arbeitsplätzen und für die wirtschaftliche und landwirtschaftliche Entwicklung des Gebietes;
- c) die Erhebung der leerstehenden Gebäude und der vorhandenen ungenutzten oder aufgelassenen erschlossenen Flächen und die Festlegung der Ziele und Fristen für deren Wiederverwendung;
- d) die Erhebung der Ensembles;
- e) die Ausweisung und Abgrenzung des Siedlungsgebietes laut Artikel 17 Absatz 3, unter Berücksichtigung des Landschaftsplanes;
- f) ein Mobilitäts- und Erreichbarkeitskonzept, in dem die strategische Ausrichtung, die Ziele und Maßnahmen und der Zeitplan für die Verkehrsberuhigung, die Förderung von Fuß- und Radmobilität und die Förderung der kurzen Wege durch Mischnutzung festgelegt werden;
- g) ein Tourismusentwicklungskonzept; dieses beinhaltet in Übereinstimmung mit dem Fachplan für Tourismus gebietsbezogene Indizes für Strategien zur Entwicklung des Tourismus einschließlich der

- Festlegung der Höchstbettenzahl; die Landesregierung legt Richtlinien für die Ausarbeitung des Tourismusentwicklungskonzeptes fest;
- h) ein Verzeichnis der Bonität der landwirtschaftlichen Grundstücke und die Erarbeitung von Maßnahmen für die Schonung der ertragreichen Standorte; Verwaltungen von Städten und Gemeinden, welche Weinbau auf ihrem Gemeindegebiet betreiben können, sollen die Weinfachwelt zur Qualität der vorhandenen Weinlagen im Gemeindegebiet anhören;
 - i) den Gültigkeitszeitraum sowie einen Zeitplan für die Umsetzung des Programms.

d) Legge provinciale 10 luglio 2018, n. 9 ^{1) 2)}

Territorio e paesaggio

- 1) Pubblicata nel supplemento n. 3 del B.U. 12 luglio 2018, n. 28.
2) Per l'entrata in vigore vedi l'art. 107 commi 1 e 2 della presente legge.

TITOLO III URBANISTICA

CAPO II USO DEL TERRITORIO

Art. 34 (Attività di esercizio pubblico)

(1) L'attività di esercizio pubblico è ammessa nelle zone miste e nelle zone a destinazione particolare per lo sviluppo del turismo (zona di sviluppo turistico). Fatto salvo l'ampliamento degli esercizi pubblici esistenti di cui all'articolo 35, all'esterno dell'area insediabile la realizzazione di una nuova volumetria con la destinazione d'uso di esercizio pubblico è ammessa esclusivamente nelle zone a destinazione particolare per lo sviluppo turistico (zona di sviluppo turistico). La Giunta provinciale può inoltre, in applicazione del procedimento secondo l'articolo 53, autorizzare l'identificazione di zona a destinazione particolare per la realizzazione di esercizi pubblici per la somministrazione di pasti e bevande nelle aree sciistiche.

(2) L'individuazione di zone di sviluppo turistico è ammessa solo nei Comuni dotati del programma di sviluppo del turismo di cui all'Art. 51, comma 4, lettera g). La Giunta provinciale può determinare deroghe specifiche per gli esercizi pubblici per la somministrazione di pasti e bevande.

(3) Nelle zone classificate dalla Giunta provinciale come turisticamente altamente sviluppate oppure turisticamente sviluppate, è ammissibile l'individuazione di zone di sviluppo turistico all'esterno dell'area insediabile solo su aree già edificate con volumetria destinata ad attività di esercizio pubblico o ad esse adiacenti.

(4) La Provincia, sentito il Consiglio dei Comuni, differenziando a seconda della classificazione degli esercizi ai sensi della [legge provinciale 14 dicembre 1988, n. 58](#), e successive modifiche, disciplina con regolamento i criteri per la localizzazione, il dimensionamento degli edifici, il relativo inserimento paesaggistico, nonché il contenimento del consumo del suolo; la Provincia definisce inoltre con regolamento i criteri qualitativi prestazionali, in particolare al fine di incentivare iniziative turistiche in aree depresse e favorire l'insediamento di aziende che fungano da volano per lo sviluppo economico e sociale del territorio interessato. Sempre con regolamento vengono definite le attività ammesse nelle zone di sviluppo turistico.

(5) L'architettura e l'edificazione nelle zone turistiche mirano alla realizzazione di opere in sintonia con il paesaggio e il contesto circostante. L'inserimento della zona nel piano comunale all'esterno dell'area insediabile o l'eccesso di una densità edificabile di 3 m³/m² comporta l'obbligo da parte del Comune di richiedere, prima dell'inserimento, un parere sul progetto edilizio al Comitato provinciale per la cultura architettonica e il paesaggio. Questo parere è vincolante per quanto riguarda la distribuzione dei volumi.

Art. 35 (Ampliamento degli esercizi pubblici)

(1) Gli esercizi pubblici possono essere ampliati per adeguarli agli standard qualitativi attuali. La Giunta provinciale, sentito il Consiglio dei Comuni, definisce i criteri e i limiti per l'ampliamento e le ipotesi in cui è ammessa la deroga agli strumenti di pianificazione urbanistica. Le infrastrutture necessarie devono già essere disponibili.

(2) Il rilascio del titolo abilitativo per l'ampliamento in deroga agli strumenti di pianificazione urbanistica o all'esterno dell'area insediabile è condizionato alla presentazione di un atto unilaterale d'obbligo, con il quale il

Comune viene autorizzato a far annotare nel libro fondiario a spese del/della richiedente il vincolo che gli edifici aziendali sono destinati a pubblico esercizio dall'annotazione e formano un compendio immobiliare indivisibile insieme all'area di pertinenza. Decorsi 20 anni, il vincolo per esercizi ricettivi di cui all'articolo 36, comma 4, può essere cancellato solo contestualmente all'annotazione del vincolo di cui all'Art. 39. La Giunta provinciale stabilisce le condizioni per tali atti, che, in via eccezionale, possono giustificare il distacco e l'alienazione di parti del compendio immobiliare, senza modificare la destinazione d'uso e la disciplina dell'ampliamento. Il distacco e l'alienazione di parti del compendio immobiliare senza adempimento delle condizioni stabilite dalla Giunta provinciale comporta la nullità dell'atto.

Art. 36 (Trasformazione in volumetria abitativa all'interno dell'area insediabile)

(1) All'interno dell'area insediabile, la trasformazione di volumetria esistente in volumetria con altre destinazioni d'uso è ammessa dopo la cancellazione degli eventuali vincoli, ove compatibile con i vigenti strumenti di pianificazione. La volumetria oggetto di trasformazione è assoggettata alla disciplina di cui all'articolo 38.

(2) Nel titolo abilitativo deve essere prevista la demolizione della parte della volumetria esistente al momento del rilascio del titolo che non può essere trasformata ai sensi del comma 1. In casi eccezionali e puntualmente motivati, il Consiglio comunale, previo parere della Commissione comunale per il territorio e il paesaggio, può ammettere la trasformazione totale o parziale della volumetria. In questa ipotesi è dovuto un pagamento compensativo per la deroga agli strumenti di pianificazione, determinato secondo i criteri di cui all'articolo 19.

(3) All'esterno dell'area insediabile la volumetria con la destinazione d'uso di attività di esercizio pubblico non può avere destinazione d'uso diversa, anche in caso di demolizione e successiva ricostruzione.

(4) Gli esercizi ricettivi presenti all'esterno dell'area insediabile, con un massimo di 25 posti letto alla data del 7 agosto 2013, possono essere trasformati in abitazioni riservate ai residenti, oppure utilizzati per l'affitto di camere ed appartamenti ammobiliati per ferie.

CAPO III ABITAZIONI PER RESIDENTI

Art. 39 (Abitazioni riservate ai residenti)

(1) Le abitazioni riservate ai residenti in provincia di Bolzano devono essere occupate da persone che non siano o i cui componenti il nucleo familiare non siano proprietari di un'abitazione adeguata al fabbisogno della famiglia e che al momento dell'occupazione dell'abitazione sono residenti da almeno 5 anni in un Comune della provincia o hanno il loro posto di lavoro in un Comune della provincia.

(2) Una persona che già possiede un'altra abitazione adeguata può occupare un'abitazione riservata ai residenti, solo a condizione che assuma gli impegni di cui al presente articolo con riferimento all'altra abitazione. Se quindi l'abitazione libera deve essere convenzionata, in cambio il vincolo esistente sull'abitazione che verrà occupata può essere cancellato.

(3) Il titolo abilitativo per la realizzazione di abitazioni riservate ai residenti in provincia di Bolzano può essere rilasciato soltanto a condizione che il/la richiedente si impegni a riservare tali abitazioni ai residenti e che autorizzi il Comune ad annotare il vincolo di cui al presente articolo nel libro fondiario. L'annotazione è richiesta dal Comune a spese dell'interessato/interessata.

(4) L'abitazione deve essere occupata entro un anno dall'agibilità. Qualora l'abitazione dovesse rendersi libera, dovrà essere occupata entro 6 mesi da una persona avente diritto ai sensi del comma 1. Ai fini della presente legge, l'abitazione si intende regolarmente occupata se vi ha la sua residenza una persona avente diritto ai sensi del comma 1.

(5) Le abitazioni riservate ai residenti possono anche essere utilizzate come case albergo per lavoratori, scolari, studenti o persone con disabilità, nonché come comunità alloggio, alloggi protetti ovvero abitazioni realizzate da enti senza scopo di lucro che promuovono la convivenza solidale tra persone giovani ed anziane o messe a disposizione di scolari o studenti.

(6) I Comuni emanano un regolamento che disciplina la vigilanza sulle abitazioni riservate ai residenti e le condizioni alle quali può essere cancellato il relativo vincolo. Presupposto per la cancellazione del vincolo nel libro fondiario è comunque il pagamento del contributo di intervento, qualora non ancora versato, e di un ulteriore importo pari ad un massimo del 500 per cento della quota del contributo di intervento calcolata in base al contributo sul costo di costruzione determinato nel regolamento comunale. La cancellazione del vincolo è comunque esclusa per le abitazioni a prezzo calmierato di cui all'articolo 40, e per le abitazioni realizzate su aree riservate all'edilizia agevolata o all'esterno dell'area insediabile. La cancellazione è altresì esclusa per le abitazioni che non sono state legittimamente occupate per almeno 10 anni, salvo che il soggetto proprietario dimostri l'impossibilità ovvero l'estrema difficoltà effettiva e perdurante di occupare l'abitazione con una persona legittimata.

(7) I Comuni pubblicano un elenco delle abitazioni riservate ai residenti sulla Rete Civica dell'Alto Adige.

TITOLO IV STRUMENTI DI PIANIFICAZIONE

CAPO III PIANIFICAZIONE COMUNALE

Art. 51 (Programma di sviluppo comunale per il territorio e il paesaggio)

(1) I Comuni, preferibilmente in forma associata, elaborano il programma di sviluppo comunale per il territorio e il paesaggio (PSCTP) quale strumento di programmazione a lungo termine per lo sviluppo del territorio e del paesaggio comunale. Esso ha una validità di almeno 10 anni. Prima della sua scadenza il programma deve essere rielaborato oppure confermato con delibera del Consiglio comunale. Non sono ammesse varianti puntuali.

(2) I Comuni elaborano il programma di sviluppo comunale in un procedimento pubblico che garantisca la partecipazione dei cittadini e delle cittadine, delle associazioni e dei gruppi di interessi.

(3) Le prescrizioni, i principi e gli obiettivi definiti nel programma di sviluppo comunale per il territorio e il paesaggio sono vincolanti per il piano comunale per il territorio e il paesaggio.

(4) Il programma di sviluppo comunale è elaborato ponderando con indirizzi di sviluppo dei Comuni limitrofi, che sono acquisiti nel procedimento di valutazione ambientale strategica.

(5) Nel programma di sviluppo comunale per il territorio e il paesaggio il Comune definisce i seguenti contenuti minimi:

- a) gli obiettivi di sviluppo territoriale e socioeconomico per il soddisfacimento del fabbisogno abitativo, per l'esercizio delle attività economiche, sociali, culturali, sportive e ricreative, tenuto conto delle infrastrutture essenziali come i servizi pubblici, gli spazi pubblici, i mezzi di trasporto, la fornitura di acqua, energia e le reti di telecomunicazioni;
- b) il fabbisogno attuale e lo stato effettivo di accessibilità e di fruibilità dei servizi pubblici, di aree e servizi di interesse pubblico e generale esistenti, dei servizi di vicinato e dei luoghi di lavoro, nonché quanto necessario per lo sviluppo economico e agricolo del territorio;
- c) il censimento degli edifici vuoti e delle aree urbanizzate dismesse, non utilizzate o abbandonate esistenti e la determinazione degli obiettivi e dei termini per il loro riuso;
- d) il censimento degli insiemi;
- e) l'individuazione e delimitazione dell'area insediabile di cui all'Art. 17, comma 3, tenuto conto del piano paesaggistico;
- f) un programma di mobilità e di accessibilità che definisca le strategie, gli obiettivi, le misure e il cronoprogramma per la limitazione del traffico motorizzato, l'incentivazione della mobilità ciclopedonale e l'incentivazione della connettività su percorsi brevi tramite usi promiscui;
- g) un programma per lo sviluppo del turismo che, in conformità al piano di settore per il turismo, riporti gli indici territoriali per le strategie di sviluppo del turismo, incluso il numero massimo dei posti letto; la Giunta provinciale predisporre linee guida per l'elaborazione del programma per lo sviluppo del turismo;
- h)

un registro del valore dei terreni agricoli e l'indicazione di misure per preservare i siti ad alto rendimento; le amministrazioni delle città e dei Comuni che possono praticare la viticoltura sul proprio territorio, devono interpellare gli esperti del settore in merito alla qualità dei vigneti presenti sul territorio comunale;

- i) il periodo di validità e il cronoprogramma per la sua attuazione.

a) Landesgesetz vom 14. Dezember 1988, Nr. 58 ¹⁾

Gastgewerbeordnung

1)Kundgemacht im Ord. Beibl. Nr. 1 zum A.Bl. vom 20. Dezember 1988, Nr. 57.

I. KAPITEL

Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 (Anwendungsbereich)

(1) Dieses Gesetz regelt die Verabreichung von Getränken, Getränken und Speisen sowie die Beherbergung von Gästen, sofern sie gewerbsmäßig ausgeübt werden und nicht bereits durch folgende Landesgesetze geregelt sind:

- a) [Landesgesetz vom 19. September 2008, Nr. 7](#), „Regelung des ‚Urlaub auf dem Bauernhof‘“,
- b) [Landesgesetz vom 7. Juni 1982, Nr. 22](#), „Bestimmungen über die Schutzhütten – Maßnahmen zugunsten des alpinen Vermögens der Provinz“, in geltender Fassung,
- c) [Landesgesetz vom 11. Mai 1995, Nr. 12](#), „Regelung der privaten Vermietung von Gästezimmern und möblierten Ferienwohnungen“, in geltender Fassung. ²⁾

(2) Wer gewerbsmäßig Getränke oder Speisen und Getränke verabreicht oder Gäste beherbergt, hat eine entsprechende Erlaubnis einzuholen. Die Erlaubnis kann - mit dem im VI. Kapitel angegebenen Verfahren - nur für die im II. Kapitel angeführten Betriebsarten erteilt werden, und zwar, nachdem festgestellt worden ist, daß die im III. Kapitel angeführten persönlichen und allgemeinen Voraussetzungen gegeben sind; gastgewerbliche Betriebe sind nach den Bestimmungen laut V. Kapitel zu führen, widrigenfalls die Strafen laut VII. Kapitel angewandt werden.

(3) Keine Erlaubnis benötigt, wer selbsterzeugte Milch oder Milchprodukte verabreicht oder auf Messen, im Rahmen von Werbeveranstaltungen oder im Rahmen einer Handelstätigkeit unentgeltliche Kostproben verabreicht oder auf nicht öffentlichen Flächen alkoholfreie Getränke aus Automaten verkauft oder an die Vereinsmitglieder alkoholfreie Getränke im Bereich des Vereinssitzes verabreicht.

(4) Ebenfalls keine Erlaubnis benötigen die Träger außerschulischer Jugendarbeit gemäß [Landesgesetz vom 1. Juni 1983, Nr. 13](#), hinsichtlich der Verabreichung von Speisen und Getränken an Jugendliche sowie der Beherbergung Jugendlicher, sofern diese Leistungen nach Meinung der Kommission für das Gastgewerbe eine sinnvolle Ergänzung des pädagogischen Angebots darstellen; die Verabreichung alkoholischer Getränke ist dabei nicht gestattet. Jedesmal wenn sie darüber zu befinden hat, wird die genannte Kommission mit dem für Jugendfragen zuständigen Gemeindeassessor oder in dessen Ermangelung mit einem Vertreter des zuständigen Landesamtes für Jugendarbeit ergänzt; gegen die Entscheidung kann bei der Landesregierung Beschwerde eingelegt werden.

(5) Es ist verboten, alkoholische Getränke aus Automaten zu verabreichen oder im Wanderhandel zu verkaufen.

(6) Inhaber von Kleinhandelsbetrieben mit der Warentabelle VI sind ermächtigt, neben dem Verkauf von Getränken diese auch verkosten zu lassen. Hierfür sind weder die Eintragung in das Verzeichnis der Gastgewerbetreibenden noch die Bewilligung für das Gastgewerbe erforderlich. Als Betriebszeit muß die Regelung der allgemeinen Geschäftszeiten eingehalten werden. ³⁾

2)Art. 1 Absatz 1 wurde so ersetzt durch Art. 2 Absatz 1 des [L.G. vom 14. Juli 2015, Nr. 8](#).

3)Absatz 6 wurde angefügt durch Art. 14 des [L.G. vom 13. Mai 1992, Nr. 13](#).

a) Legge provinciale 14 dicembre 1988, n. 58 ¹⁾

Norme in materia di esercizi pubblici

1) Pubblicata nel Suppl. Ord. n. 1 al B.U. 20 dicembre 1988, n. 57.

TITOLO I

Generalità

Art. 1 (Oggetto)

(1) La presente legge disciplina l'esercizio, svolto in forma professionale, dell'attività di somministrazione di bevande, dell'attività di somministrazione di pasti e bevande e dell'attività ricettiva, per gli aspetti non ancora regolamentati dalle seguenti leggi provinciali:

- a) [legge provinciale 19 settembre 2008, n. 7](#), "Disciplina dell'agriturismo";
- b) [legge provinciale 7 giugno 1982, n. 22](#), "Disciplina dei rifugi alpini - Provvidenze a favore del patrimonio alpinistico provinciale", e successive modifiche;
- c) [legge provinciale 11 maggio 1995, n. 12](#), "Disciplina dell'affitto di camere ed appartamenti ammobiliati per le ferie", e successive modifiche. ²⁾

(2) L'attività in forma professionale di somministrazione di bevande, di somministrazione di pasti e bevande, e ricettiva deve essere esercitata nei limiti e nelle forme previste dalla presente legge ed è soggetta all'obbligo di licenza. Le licenze di esercizio possono essere rilasciate unicamente per le tipologie individuate nel titolo II, previo accertamento dei requisiti soggettivi e oggettivi posti nel titolo III, secondo le procedure stabilite nel titolo VI, e gli esercizi pubblici stessi vanno condotti secondo le modalità previste nel titolo V, pena l'applicazione delle sanzioni di cui al titolo VII.

(3) Non è soggetta all'obbligo di licenza la somministrazione al pubblico di latte o latticini di produzione propria, di campioni gratuiti nell'espletamento di attività commerciali o nel corso di fiere o manifestazioni propagandistiche, la vendita di bevande analcoliche a mezzo di distributore automatico su aree non pubbliche, nonché la somministrazione di bevande analcoliche ai soci di circoli o associazioni nell'ambito della sede sociale.

(4) Inoltre, non sono soggette all'obbligo di licenza le organizzazioni o istituzioni che svolgono attività promozionale a favore della gioventù ai sensi della [legge provinciale 1 giugno 1983, n. 13](#), in relazione all'attività di somministrazione di pasti e bevande e all'attività ricettiva in favore di giovani, se queste prestazioni, a giudizio della commissione per i pubblici esercizi, vengono fornite nell'ambito di preminente attività pedagogica; non è però consentita la somministrazione di bevande alcoliche. Quando la predetta commissione è chiamata a decidere in merito, essa è integrata con l'assessore comunale per i giovani o, in difetto, con un rappresentante del competente ufficio provinciale per il servizio giovani. Avverso la deliberazione della commissione è ammesso ricorso alla Giunta provinciale.

(5) L'attività di somministrazione al pubblico di bevande alcoliche con distributori automatici o di vendita delle stesse in forma ambulante è vietata.

(6) Gli esercizi di commercio al dettaglio di bottiglieria titolari di tabella VI sono autorizzati a somministrare al pubblico, per la degustazione, le bevande proposte in vendita. Non è richiesta per gli stessi l'iscrizione al registro degli abilitati alla conduzione di pubblici esercizi né la licenza di pubblico esercizio. Quale orario di esercizio dev'essere rispettato l'orario comune dei negozi. ³⁾

2) L'art. 1, comma 1, è stato così sostituito dall'art. 2, comma 1, della [L.P. 14 luglio 2015, n. 8](#).

3) Il comma 6 è stato aggiunto dall'art. 14 della [L.P. 13 maggio 1992, n. 13](#).